

Antrag Nr. 17-F-21-0039

SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Einmaliger Zuschuss für Förderangebote für Flüchtlinge
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 26.04.2017 -

Antragstext:

Geflüchtete Menschen benötigen für ein gutes Ankommen und einen erfolgreichen Start in Wiesbaden mehr als die durch Kommunal-, Landes- bzw. Bundesmittel weitgehend gesicherte Unterbringung, materielle Versorgung und einen möglichst zeitnah erreichbaren Integrationskurs. Geflüchtete Familien benötigen neben Elementarbildung in Kindertagesstätten und dem Schulbesuch Eltern, die sich mit der besonderen Erziehungssituation in einer fremden Kultur aktiv und bewusst auseinandersetzen sowie spezifische Förder- und Lernangebote für ihre Kinder. Wesentlich ist eine Wertebildung durch ehrenamtliches Mentoring oder Patenschaften. Das Sozialdezernat wird gebeten entsprechende Angebote der Elternbildung, der Bildungsförderung, von Sprachmittlern und insbesondere zur Koordination, fachlichen Anleitung und Fortentwicklung von Mentoringansätzen für Geflüchtete zu entwickeln und bedarfsgerecht auszugestalten.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 700.000 Euro für Förderangebote für Flüchtlinge bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017 und sind ggfls. zur Sicherung der Nachhaltigkeit nach 2018 zu übertragen.

Wiesbaden, 26.04.2017

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Daniela Singh
Fraktionsreferentin

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Ralf Wagner
Fraktionsreferent

Konny Küpper
Fachsprecherin
(Fraktion Bündnis 90/
Die GRÜNEN)

Matthias Schulz
Fraktionsreferent